Rede zur Einbringung des Haushaltes für 2024

Stand: 19. Oktober, 21.30 Uhr

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

FOLIE 2

vor zwei Wochen erschütterte ein brutaler terroristischer Angriff der radikal-islamischen Hamas den Staat Israel und seine Bürger. Die Bilder des barbarischen Überfalls auf die Zivilisten im Süden des Landes, die sich in Windeseile über die sozialen Netzwerke verbreiteten, haben uns die Menschenverachtung der Hamas-Terroristen sehr eindrücklich vor Augen geführt.

Wer die verängstigten Blicke der verschleppten Frauen und Kinder gesehen hat, wird sie nicht vergessen. Angesichts dieser unfassbaren Verbrechen – Mord, Vergewaltigung, Entführungen – gegen Frauen, Kinder und alte Menschen oder gegen Jugendliche auf einem Musik-Festival, gibt es keinen Platz für Relativierungen. Es gibt keine Rechtfertigung für Terror.

Die humanitäre Katastrophe im Gaza-Streifen trifft allein die palästinensische Zivilbevölkerung. Die Verantwortung dafür trägt die Hamas, die das Volk als menschlichen Schutzschild benutzt.

Eine zweite Dimension, die mich umtreibt, ist die seit zwei Wochen auf deutschen Straßen stattfindende Solidarisierung mit den Tätern der Hamas und Übergriffe gegen Jüdinnen und Juden sowie jüdische Einrichtungen, die nur schwer zu ertragen sind. Das können und werden wir nicht hinnehmen.

Wenn wir den Ausspruch „Nie wieder“ ernst nehmen, dann müssen wir unmissverständlich klarmachen, dass wir Angriffe auf Juden in Deutschland nicht dulden und mit aller Kraft verhindern werden.

Wir stehen in dieser schweren Stunde an der Seite Israels und unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

I. Herausfordernde Zeiten

Diese beiden Bilder zeigen die Herausforderungen, vor denen wir in diesem Haushalt stehen: Die Migrations- und die Finanzkrise.

FOLIE 3

FOLIE 4

Vor einem Jahr sind wir hier unter dem Eindruck des Kriegs gegen die Ukraine zusammengekommen. Eine Million Kriegsflüchtlinge kamen innerhalb kurzer Zeit nach Deutschland. Mehr als 5.000 Menschen aus der Ukraine haben zwischenzeitlich im Kreis Warendorf Schutz gefunden. Durch die überwältigende Hilfsbereitschaft der Menschen und die tatkräftige Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen, der Schulen und Kindertagesstätten sowie zahlreicher anderer Einrichtung und Institutionen ist deren Unterbringung,

Betreuung und eine erste Integration gelungen. Diese Aufgabe belastet die Kommunen seit einem Jahr stark.

Zwar sehen wir, dass die Zahl der Menschen aus der Ukraine bis zum Ende der Sommerferien stabil bei rund 3.300 lag. Von den insgesamt einmal hier registrierten 5.004 Ukrainern sind also gut 1.370 entweder in die Heimat zurückgekehrt, innerhalb Deutschlands oder in andere aufnahmebereite Länder weitergezogen.

Doch seit dem Ende der Sommerferien steigt die Anzahl der geflüchteten Personen aus der Ukraine weiter an, da die Kapazitäten in den Landeseinrichtungen ausgeschöpft sind und eine Verteilung auf die Kommunen notwendig wurde, um neu ankommende Geflüchtete in Landeseinrichtungen unterzubringen. Daher bleibt die Situation der Flüchtlingsunterbringung extrem belastend. Denn bundesweit wurden 2023 bis einschließlich September neben den Menschen aus der Ukraine rund 234.000 Asylerstanträge gestellt. Daraus ergeben sich voraussichtlich etwa 312.000 Asylerstanträge für das gesamte Jahr 2023.

Dies spiegelt sich auch in den Zuweisungen im Kreis wieder. Seit August 2023 werden monatlich etwa 200 Personen auf die Kommunen verteilt. Es ist aktuell davon auszugehen, dass auch weiterhin eine Vielzahl an Zuweisungen in die kreisangehörigen Kommunen festzustellen bleibt. Bisher sind gut 700 Personen so zugewiesen worden.

Die Stadt Warendorf hat die Bezirksregierung Arnsberg um einen vorübergehenden Zuweisungs-Stopp gebeten, um

Unterbringungsmöglichkeiten schaffen zu können. Auch in den anderen Kommunen ist die Belastungsgrenze längst erreicht.

Es ist uns vor wenigen Wochen gelungen, eine Vereinbarung zwischen kommunalen Spitzenverbänden und Landesregierung über die finanzielle Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge zu erreichen. Die Landesregierung hat den Kommunen zugesagt, bis Anfang 2024 weitere 3.000 Plätze für die Erstunterbringung von Geflüchteten zu schaffen.

Zudem beabsichtigt das Land, weitere 808 Mio. Euro zur Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge an die Kommunen weiterzuleiten. Diese Summe entspricht dem voraussichtlichen Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen an der Summe von 3,75 Mrd. Euro, die der Bund den Ländern für das Jahr 2023 insgesamt zugesagt hat.

Wenn man 100 Millionen Euro für die Digitalisierung von Ausländerämtern abzieht werden gut 700 Millionen Euro verteilt, von denen auf die Großstädte ca. die Hälfte entfällt. Die andere Hälfte ist für den kreisangehörigen Raum gedacht und wird dort zu 1/3 an die Kreise und 2/3 an die Kommunen gehen. Das ist das Ergebnis des gestrigen Tages, das dem Kabinett und dem Landtag jetzt vorgelegt wird. Die gute Nachricht ist also: Es kommt in diesen schwierigen Zeiten noch Geld aus Düsseldorf, das unseren Kommunen und uns im Kreis in dieser angespannten Situation helfen wird. Die genauen Summen müssen jetzt entsprechend der Flüchtlingszahlen ausgerechnet werden.

Ich habe in den Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten aber darauf hingewiesen, dass Geld allein die Probleme nicht lösen kann. Eine dauerhafte Entlastung wird nur möglich sein, wenn auch der Bund seiner Verantwortung gerecht wird und eine Begrenzung von Zuwanderung organisiert. Dazu muss der Zuzug derjenigen, die keine dauerhafte Bleibeperspektive in unserem Land haben, deutlich reduziert werden – zumal laut BAMF 2022 nur 0,8 % der Asylbewerber einen Asylanspruch gemäß Art 16a GG hatten. Das waren weniger als 2.000 Personen.

Das klingt hart und das ist es. Doch teile ich die Einschätzung des Theologen und ehemaligen Bundespräsidenten **Joachim Gauck**, der erst kürzlich von einem Kontrollverlust sprach und sagte, ich zitiere: *„Daher bin ich dazu gekommen, dass es vielleicht auch moralisch überhaupt nicht verwerflich ist und politisch sogar geboten ist, eine Begrenzungsstrategie zu fahren, die zunächst wirkt wie eine Einschränkung der Rechte von Menschen, die zu uns kommen wollen.“*

Weiter sagte er in diesem Interview: *„Wir brauchen Zuwanderung, aber wir brauchen keine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme, ohne dass die Fachkräfte, die wir brauchen, vorhanden sind.“* Drei weitere Zitate Gaucks beschreiben die Lage sehr treffend:

- „Neue Möglichkeiten wagen, entdecken, dass bisherige Maßnahmen nicht ausgereicht haben, um den Kontrollverlust, der offensichtlich eingetreten ist, zu beheben.“
- „Wir müssen zu einer Begrenzung kommen, obwohl wir die besten Absichten haben.“
- „Wenn die Bevölkerung den Eindruck hat, die Regierenden verstehen nicht, dass wir das Bedürfnis haben nach

Überschaubarkeit und Sicherheit, dann wird es zu einem weiteren Rechtsruck kommen.“

Klarer und trotzdem sachlich und eben nicht polarisierend kann man die Lage nicht beschreiben.

Ausländerbehörde

Die auch in 2023 anhaltende schwierige Situation in der Ukraine führte auch weiterhin zu einem erhöhten Arbeitsaufkommen in der Ausländerbehörde. Die erforderlichen Arbeiten zur Registrierung und zur Erteilung von Aufenthaltstiteln können inzwischen innerhalb kurzer Zeit erledigt werden. Eine große Herausforderung wird darin bestehen, die bisher bis zum 04.03.2024 gültige europaweite Regelung zum Aufenthalt von aus der Ukraine geflüchteten Personen in eine Verlängerung des Aufenthaltes zu überführen. Der europäische Rat hat am 28.09.2023 die Verlängerung der „Massenzustromrichtlinie“ für ein Jahr (bis zum 03.03.2025) vereinbart.

Das in 2023 umzusetzende **Chancen-Aufenthaltsrecht** für Personen, die schon langjährig geduldet sind ist auch weiterhin noch umzusetzen. Bisher wurden von rund 415 Personen (Stand 18.10.2023) entsprechende Anträge gestellt. Für 285 Personen (Stand 18.10.2023) Personen wurde auch bereits ein solches Aufenthaltsrecht oder ein anderes Bleiberecht erteilt.

Der Entwurf des sogenannten **Rückführungsverbesserungsgesetzes** macht uns Hoffnung, dass in Zukunft mehr Abschiebungen möglich sind! In den vergangenen Jahren waren es mit 32 Abschiebungen (und 52 freiwilligen Ausreisen) in 2021 und 30 Abschiebungen (und 75 freiwilligen Ausreisen) in 2022

vergleichsweise wenige Rückführungen – vor allem, wenn man bedenkt, dass sich knapp 900 ausreisepflichtige Personen im Kreis Warendorf aufhalten. Häufig fehlt es an wirksamen Rückübernahmeabkommen mit den Ländern, die zur Aufnahme der Ausreisepflichtigen verpflichtet sind.

Die mit der Flüchtlingsthematik verbundenen Herausforderungen finden auch weiterhin nicht nur im Bereich der Ausländerbehörde, sondern auch an vielen anderen Stellen Niederschlag im Haushaltsplanentwurf. So wird die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sowie die Hilfen für unbegleitete minderjährige Ausländer unweigerlich Auswirkungen auf den Haushalt haben.

FOLIE 5

Rezession / Finanzkrise

Die Folgen der starken Zuwanderung der vergangenen Jahre treffen die Kommunen in einer Zeit sinkender Einnahmen. Der Krieg in der Ukraine hat Energie und Material verteuert und trifft Industrie und Handwerk ebenso hart wie der Mangel an Fachkräften. Das sind nur einige Gründe, die unser Land in eine Rezession führen, die sich über die Gewerbe- und Einkommensteuer und gleichzeitig steigende Sozialausgaben auf die kommunalen Haushalte auswirkt.

Dass wir in einer Wirtschaftskrise stecken, wird noch durch die relativ niedrige Arbeitslosenquote überdeckt, die allerdings auf die demographische Entwicklung und den Fachkräftemangel zurückzuführen ist.

Aufgabe dieses Kreishaushaltes wird es sein, einerseits die Entwicklung von Zukunftsthemen weiter anzuschieben, zu ermöglichen und andererseits die Kommunen finanziell nicht zu überlasten. Dabei bewegen wir uns in einem engen Korsett von Aufgaben, zu deren Erfüllung uns Bund und Land verpflichtet haben.

Ich will Ihnen aufzeigen, wie wir dynamische Impulse im Bereich der Bildung, der Mobilität oder des Umweltschutzes geben und gleichzeitig unsere Pflichtaufgaben im sozialen Bereich sowie beim Schutz der Bevölkerung wahrnehmen.

II: Der Haushalt 2024 in Zahlen

Zuerst möchte ich mit Ihnen einen Blick auf die Zahlen werfen. Das Haushaltsvolumen liegt bei rund 589 Mio. Euro und damit 40 Mio. Euro über dem Haushalt des Vorjahres. (2023: 549 Mio. €; + 40 Mio. €)

FOLIE 6

Ein großer Posten in unserem Haushalt ist die an den LWL zu entrichtende Landschaftsumlage. In unserem Eckdatenpapier war zunächst ein Hebesatz von 17,6 % mit einem Zahlbetrag von 94,73 Mio. € eingeplant. Nach dem Eckdatenpapier des LWL vom September (06.09.2023) wurde ein Hebesatz von 17,55 % angekündigt. Die Reduzierung der Landschaftsumlage um 270.000 Euro auf 94,46 Mio. € wurde in den Entwurf des Haushaltsplanes schon eingeplant.

FOLIE 7

Die **Kreisumlage** wird steigen. Der Hebesatz erhöht sich im heute eingebrachten Etatentwurf, wie bereits im Eckdatenpapier angekündigt von **30,8 auf 33,0 %**. Der Zahlbetrag steigt von 148,27 Mio. Euro auf 161,21 Mio. Euro. Die Kreisumlage macht mit 35,8 % ein gutes Drittel der Erträge des Kreises aus (ohne Jugendamtsbudget).

Ein zentrales Anliegen des Kämmerers und mir war es, die ohnehin **höchst angespannten Haushalte der Städte und Gemeinden** nicht über Gebühr zu belasten. Dazu haben wir bereits im Eckdatenpapier vorgeschlagen, die Belastung der Kommunen durch einen kräftigen **Griff in die Ausgleichsrücklage** abzumildern.

Um die hohe Belastung der Kommunen abzufedern, wird der Kreis **8,45 Mio. Euro** – also rund die Hälfte – aus der angesparten Ausgleichsrücklage nehmen und die Kreisumlage auf 161,2 Mio. Euro verringern. Die Kreisumlage erhöht sich so um 2,2 Prozentpunkte auf 33 %. Der Zahlbetrag für die Kommunen steigt um rund 12,9 Mio. Euro.

Ohne den Griff in die Ausgleichsrücklage läge der ungedeckte Finanzbedarf sogar bei 169,7 Mio. Euro und damit rund 21,4 Mio. Euro höher als 2023.

GPA: Kreisumlage vergleichsweise niedrig

Um diese Werte einmal in Relation zu setzen, möchte ich an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass uns die GPA (Gemeindeprüfungsanstalt) erneut bestätigt hat, dass der Umlagesatz und der Zahlbetrag im Kreis Warendorf in den vergangenen Jahren im Vergleich mit anderen Kreisen in Nordrhein-Westfalen stets durchaus

moderat ausgestaltet waren. Damit wurde uns amtlich bescheinigt, dass wir immer auf unsere Gemeinden Rücksicht genommen haben!

Außerdem wollen wir – anders als noch im Sommer geplant – die Überschüsse des Jahresabschlusses 2022 in Höhe von **2,0 Mio. Euro** nicht in die Allgemeine Rücklage stecken, sondern angesichts der schwierigen Finanzlage der Kommunen in die Ausgleichsrücklage legen. So stehen für 2024 weitere zwei Millionen zur Verfügung, um die Belastung der Städte und Gemeinden abzufedern.

Dies meine Damen und Herren, ist ein klares Signal an die Städte und Gemeinden, ihnen in dieser Situation entgegen zu kommen. Die notwendige „Wiederauffüllung“ der allg. Rücklage wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Die 2 Mio. Euro helfen, den Umlagesatz um 0,4 Hebesatzpunkte im Vergleich zum Eckdatenpapier zu senken. Der Wunsch der Gemeinden ist eine Senkung um 0,5 Punkte. Da bin ich mir schon heute sicher: Das werden Kreistag und Kreisverwaltung in den nächsten Wochen gemeinsam schaffen.

Gleichwohl müssen wir im Sinne der Nachhaltigkeit auch die mittelfristige Finanzplanung über den heutigen Tag hinaus im Blick behalten. Schließlich ist schon heute absehbar, dass auch die Jahre 2025 und 2026 keine leichten Haushaltsjahre werden. Insofern kann es keine Automatismen, etwa bei der Weiterleitung von Geldern des LWL oder der Verbesserungen aus Düsseldorf an die Kommunen, geben. Wir geben das Geld weiter – aber nicht alles in 2024 sondern auch 2025 und 2026.

FOLIE 8

Die **Jugendamtsumlage** wird auch in diesem Jahr weiter erhöht werden müssen. Ursprünglich sollte der Hebesatz bei 22,2 % und damit 2,2 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert von 20 % liegen. Doch aufgrund der enormen finanziellen Belastungen der Träger von Kindertageseinrichtungen, insbesondere durch die hohen Tarifabschlüsse im Sozial- und Erziehungsdienst, hat das Land die Kindpauschalen auf rund 10 % - statt der zuvor geplanten 6 % - erhöht. Der Hebesatz muss um weitere 0,2 Prozentpunkte auf 22,4 % angehoben werden. Der Zahlbetrag der zehn Jugendamts-Kommunen steigt um rund 6,5 Mio. Euro und liegt nun bei 58,34 Mio. Euro. Darin enthalten ist der Abbau eines Defizits aus Vorjahren in Höhe von 460.000 Euro.

FOLIE 9

Schuldenabbau fortsetzen

Um den uns nachfolgenden Generationen weiterhin Gestaltungsspielräume zu belassen, setzen wir unseren Weg des Schuldenabbaus ganz bewusst und konsequent fort. Denn das vergangene Jahr hat gezeigt, wie schnell sich der fiskalpolitische Wind drehen kann und eine Niedrigzinsphase vorbei sein kann.

So werden wir im kommenden Jahr **320.000 Euro tilgen**. Den Schuldenstand von 4,21 Mio. Euro am Anfang des Jahres werden wir zum 1.1.2024 auf noch 3,85 Mio. Euro drücken. Die Zinslast wird dann 2024 nur noch 103.000 Euro betragen.

Isolierung von Corona-Schäden

Die Möglichkeit der Isolierung der so genannten Corona- und Ukraine-Schäden ist (nach dem COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz) nur bis zu dem Haushaltsplan 2023 bzw. Jahresabschluss 2023 möglich. Für den Haushaltsplan 2024 erfolgt somit **keine Isolierung**. Mit der gemeindefreundlichen Isolierung von rund 3,9 Mio. Euro kommen wir unseren Städten und Gemeinden im laufenden Jahr deutlich entgegen.

Altschuldenregelung

Die zunächst mit den Eckpunkten des Gemeindefinanzierungsgesetzes angekündigte Altschuldenregelung wurde verschoben und ein entsprechender Vorwegabzug ist im GFG 2024 nicht mehr enthalten.

Ich bin sehr froh darüber, dass es uns gelungen ist trotz einer Verabredung des Koalitionsvertrages und einem Kabinettsbeschluss die vorgesehene Altschuldenregelung für dieses Jahr auszusetzen und eine Modifizierung, die im kommenden Jahr kommen soll, zu erreichen. Der vorgesehene Vorwegabzug im GFG hätte den Kreis und die Kommunen im Kreis Warendorf **2,4 Millionen Euro gekostet**.

Wir haben dem Land deutlich gemacht, dass dies nicht der richtige Weg ist. Das Land muss nun einen eigenen, **substantiellen Beitrag** aus Haushaltsmitteln zur Verfügung stellen, dann werden wir uns als kommunale Familie solidarisch an der Altschuldenregelung auch beteiligen. Wichtig ist es jetzt, den Blick nach Berlin zu richten. Dort steht eine Altschuldenregelung auch im Koalitionsvertrag. Auch der Bund muss sich mit Geld beteiligen!

Endloser Bürokratieaufbau oder Der „fleißige“ Gesetzgeber

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
bereits im vergangenen Jahr habe ich auf den „fleißigen“ Bundesgesetzgeber hingewiesen. Unabhängig von den Farben der Koalition in Berlin hat uns die Bundesregierung in den vergangenen Jahren immer neue Aufgaben – mit oft zweifelhaftem Nutzen, aber mit stets messbarer zusätzlicher Arbeitsbelastung – zugewiesen. Um es ganz konkret zu machen, will ich Ihnen ein Beispiel nennen, das neben vielen anderen geeignet ist, zu erklären, warum die Stellenpläne aller Verwaltungen wachsen.

Masernschutzgesetz

Grundsätzlich – im Sinne des Infektionsschutzes – begrüßen wir das Gesetz. Doch gut gemeint ist bekanntlich oft das Gegenteil von gut gemacht. Die Mehrarbeit bindet im Gesundheitsamt Ärzte und Verwaltungskräfte, die dann für ihre anderen Aufgaben weniger Kapazitäten haben. Eine große Zahl an Schulkindern kann allerdings auch weiterhin ohne Impfschutz am Unterricht teilnehmen, da die Schulpflicht überwiegt. Damit ist das Gesetz im Prinzip wirkungslos, verursacht aber weiterhin einen hohen Verwaltungsaufwand.

Die Liste der Gesetze, die in den Ämtern für erheblichen Mehraufwand sorgen, ist lang. Ich will Ihnen zur Veranschaulichung nur einen kleinen Auszug nennen:

- Wohngeldreform (Wohngeld-Plus-Gesetz) – neu zum 01.01.2023

- Chancenaufenthaltsgesetz – neu zum 01.01.2023
- Staatsangehörigkeitsgesetz – Änderung, noch nicht verabschiedet
- Tierarzneimittelgesetz – Änderung zum 01.01.2023
- Ganztagsförderungsgesetz – In Kraft seit 2021, daraus ergeben sich weitere Änderungen ab dem Schuljahr 2026/2027, die bereits jetzt vorbereitet werden müssen
- § 10 b SGB VIII (Verfahrenslotse) – Änderung zum 01.01.2024
- Richtlinie für die Förderung der Schulsozialarbeit in NRW – neu zum 22.09.2021

FOLIE 11

Entwicklung des Stellenplans

In der Planung 2023 lagen die Personalaufwendungen des Kreises bei rund 86 Mio. Euro und damit etwa 9,7 Mio. Euro unter dem Ansatz 2024, der bei 96 Mio. Euro liegen wird. Dies ergibt sich zum einen aus der bereits beschlossenen **Tariferhöhung für die Beschäftigten**, die ca. 4,45 Mio. Mehraufwand verursacht. Die Erhöhung der Entgelte der Beschäftigten beinhaltet neben einer mtl. Einmalzahlung von 220 € für die Monate Januar und Februar einen Sockelbetrag von 200 € und danach eine prozentuale Steigerung von 5,5 % ab 1. März 2024; mind. 340 €.

Daraus ergibt sich zusätzlich ein erhöhter Aufwand bei den Abgaben an die Sozial- und Zusatzversicherung in Höhe von ca. 1,24 Mio. Darüber hinaus führt eine zu erwartende Besoldungserhöhung für die Beamtinnen und Beamten, die mit 7,5 % einkalkuliert wird, in 2024 zu ca. 1,0 Mio. zusätzlichem Personalaufwand. Zudem erhöht sich der Ansatz an Beihilfen und Unterstützungen für Aktive um 170.000 Euro.

23,5 zusätzliche Stellen

Die Kreisverwaltung plant für den kommenden Stellenplan eine Ausweitung von insgesamt 23,5 regulären Stellen. Hinzu kommen weitere 23,5 kw-Stellen. Dabei bedeutet kw, dass diese zukünftig wieder aus dem Stellenplan **wegfallen**. Für diese Stellen haben wir ein konkretes Datum im Stellenplan hinterlegt, an dem die Stellen automatisch aus dem Stellenplan gestrichen werden.

Wir haben Sie ja bereits in der Sitzung im Mai darüber in Kenntnis gesetzt, dass wir in diesem Jahr und auch zukünftig so verfahren wollen. Es entspricht dem **ausdrücklichen Wunsch der Fraktionen** im Kreistag, aber auch der Bürgermeister, dass wir größtmögliche Transparenz über den Stellenplan schaffen. Genau das machen wir jetzt, weil die bislang neben dem Stellenplan geführten und mit unbefristet beschäftigten Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern besetzten Stellen nun in den Stellenplan aufgenommen werden.

Zur Personalbindung wollen wir aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Zeitverträgen nach Möglichkeit eine unbefristete Beschäftigung bieten. Auch für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wir teilweise kw-Stellen vorgesehen, weil wir sie ohne Stelle nicht entfristen könnten. Voraussetzung ist, dass die jeweilige Qualifikation auch für andere Stellen in Frage kommt.

Denn wenn, wie eingangs erwähnt, es zur **Streichung der Stellen** aus dem Stellenplan kommt, können wir diese auf kw-Stellen sitzenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dann auf andere freie Stellen umsetzen. Die letzte kw-Stelle, die wir in diesen Stellenplan bringen, wird spätestens im Jahr **2028 gestrichen!**

Bei der letzten Einbringung des Haushaltes haben Sie im Anhang der Begleitvorlage eine Liste gefunden. Wenn Sie die Liste vom letzten Jahr mit der diesjährigen vergleichen, dann ist diese aus genannten

Gründen enorm geschrumpft. Das sind die Stellen, die jetzt in den Stellenplan übertragen wurden. Anhand dessen sieht man aber auch, dass die meisten der Stellen auch in diesem Jahr schon im Personalhaushalt vorhanden waren, nur ohne Planstelle.

Die Bedarfe waren daher schon in diesem Jahr und teilweise auch in den vorherigen Jahren da. Ohne die Unterstützung hätte die Kreisverwaltung, so wie es die Bürgermeister schreiben, nicht in diesem Maße arbeitsfähig sein können.

Sie finden aber auch in der diesjährigen Begleitvorlage noch eine gekürzte Tabelle im Anhang, denn ganz auf Zeitverträge können wir natürlich auch zukünftig nicht verzichten.

Insgesamt sind von den 23,5 Stellen bereits in diesem Jahr 18,5 Stellen neben dem Plan besetzt. Von den 23,5 kw-Stellen sind ebenfalls 17,5 Stellen neben dem Plan vorhanden. Das bedeutet, dass der Aufwuchs an Personalkosten überschaubar ist und in der Summe nur rd. 772.000 Euro beträgt! Das ist viel Geld – nicht aber der Kostentreiber unserer Personalkosten!!!

Jobcenter

FOLIE 12

Die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) stellt die wichtigste Sozialleistung und einen der größten Posten des Kreishaushalts dar. Für den Haushalt 2024 wird mit einer durchschnittlichen Anzahl von **7.800 Bedarfsgemeinschaften** gerechnet, davon 2.400 Flüchtlings-Bedarfsgemeinschaften.

Das Budget des Jobcenters für das Jahr 2024 beträgt somit rund 162 Mio. €. Davon fließen 29 Mio. € aus dem Kreishaushalt in das Budget des Jobcenters. 2023 waren es im Plan noch 33,4 Mio. € was in erster Linie auf die weniger stark gestiegenen Heizkosten zurückzuführen ist.

Gemeinsam haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Bundesregierung von der geplanten Zuständigkeitsverlagerung der unter 25-Jährigen zur Bundesagentur für Arbeit **Abstand nimmt**. Denn die Unterstützung junger Menschen – deren Ausbildungsaufnahme teilweise durch schwerwiegende soziale, schulische oder psychische Probleme erschwert wird – ist eine unserer Kernkompetenzen als starkes kommunales Jobcenter.

Leider hält auch der Alternativvorschlag der Bundesregierung, den Bereich der Weiterbildung an die BA zu vergeben, viele offene Fragen bereit. Das gilt auch für die geplante Kindergrundsicherung.

Beides soll heute allerdings nicht das Thema sein, denn beide Vorhaben werden **frühestens 2025 umgesetzt**.

Ich bin sehr zufrieden, dass wir das Bürgergeld in diesem Jahr reibungs- und geräuschlos umgesetzt haben – bei allen Aspekten dieses Gesetzes, die wir kritisch sehen und trotz der hohen Belastung durch die ukrainischen Leistungsberechtigten, für die unser Jobcenter seit Juni letzten Jahres zuständig ist. Momentan sind das rund 2.600 Personen.

Auch die Zahl der ausländischen Leistungsberechtigten aus anderen Ländern steigt kontinuierlich an. Hier ist unsere dringende Forderung an den Bund, die kommunale Ebene mit den Kosten nicht alleine zu lassen, sondern eine auskömmliche Lösung herbeizuführen. Bisher scheint im Bürgergeld leider das Gegenteil der Fall zu sein.

Für die Integration der Leistungsberechtigten in Arbeit – und das ist nach meinem Verständnis nun mal die Kernaufgabe eines Jobcenters – standen uns in diesem Jahr rund 750.000 Euro weniger zur Verfügung als im Vorjahr.

2024 sollen es noch mal rund 450.000 Euro weniger sein. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, also der Haushalte im SGB II, ist aber von 2022 auf 2023 um fast 800 gestiegen und die Preise und Personalkosten sind das – wie wir alle wissen – natürlich auch.

Zusammengefasst: Der Bund ist so sehr finanziell am Ende, dass uns Eingliederungsmittel für die Jobcenter in erheblicher Höhe gestrichen werden.

FOLIE 13

III: Für die Zukunft gesattelt (und auch schon losgeritten)

Doch trotz allen Gegenwindes aus Berlin und angesichts einer von Krisen gebeutelten Zeit sehen wir optimistisch in die Zukunft und gestalten, was in unserer Verantwortung liegt.

FOLIE 14

Ausbau der Kinderbetreuung

So ist es uns gelungen, die Kinderbetreuung im Kreis Warendorf weiter auszubauen. Wir können im Kita-Jahr 2023/24 einen Ausbaurekord mit einer Erweiterung um insgesamt **21 Gruppen mit weiteren 350 Betreuungsplätzen** vermelden. Dieser große Erfolg war

selbstverständlich nur mit der **Unterstützung der Städte und Gemeinden möglich**, für deren Engagement ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken möchte. **Erfreulicherweise konnten wir allen Familien zum 1.08.2023 ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot unterbreiten.**

Die wichtige Nachricht für alle jungen Familien lautet: Für das Kindergartenjahr 2024/2025 werden weitere **288 Plätze** geschaffen, damit auch dann wieder die Bedarfe der Familien erfüllt werden können.

FOLIE 15

Schulischer Lernort

Lassen Sie mich noch auf ein weiteres bedeutendes Bildungsprojekt hinweisen. Der Schulische Lernort mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung ist ein Erfolgskonzept. Schülerinnen und Schüler mit besonders ausgeprägtem Bedarf an intensiver, sonderpädagogischer Unterstützung im sozialemotionalen Bereich werden dort so lange betreut, bis sie wieder am Unterricht in ihren regulären Schulen teilnehmen können.

Das hilft dem einzelnen Schüler, der häufig durch eine einschneidende Erfahrung in seinem Leben aus der Bahn geworfen wurde. Aber es hilft auch der Klasse an der bisherigen Schule des Schülers, da dort wieder ein geregelter, **störungsfreier Unterricht** möglich ist.

Da der Lernort bisher nur in Ahlen am Standort des Regenbogenschulhauses vorhanden war, soll auch für Schülerinnen und Schüler im **Norden** des Kreises Warendorf ein entsprechendes Angebot geschaffen werden.

Zur Finanzierung dieses Neubaus sind insgesamt **3,9 Mio. € in den Jahren 2020 bis 2024** in den Haushalt des Kreises Warendorf eingestellt worden. Eine Million Euro konnten über das Förderprogramm „Gute Schule 2020“ finanziert werden.

Das Gebäude wird im hochwertigen Energetik-Standard KFW-40ee errichtet werden. Ein Antrag auf Fördermittel wurde bei der KFW gestellt. Eine Förderzusage in Höhe von 203.000 Euro ist erfolgt. Mit Einbeziehen der geplanten Photovoltaikanlage auf dem Flachdach und dem ergänzenden Bezug von Ökostrom ist das Gebäude damit Co2-neutral.

FOLIE 16

Übergangsmanagement II

Mit dem sogenannte Übergangsmanagement II und dem OGS-Konzept schaffen wir ein Angebot für Grundschul Kinder, die in ihrer sozialen und emotionalen Entwicklung im Übergang von der Kita in die Grundschule besonders von einer gezielten Förderung profitieren können.

In diesem Schuljahr werden fast 500 Kinder in der Grundschule gefördert. Das sind rund 110 Förderanfragen mehr als im Vorjahr.

Ü II wirkt: Die Elternbefragung bestätigt zum dritten Mal gute Noten der Eltern für die Förderung. Für praktisch alle Eltern (ca. 98 %) ist die Empfehlung zur Förderung ihres Kindes nachvollziehbar. Ca. 90 % der Eltern beurteilen die Förderung als gut oder sehr gut und bestätigen,

dass die Förderung ihrem Kind geholfen hat (91 %). Das zeigt auch, dass die Abbruchquote seit Jahren nahe 0 % liegt.

Wir haben für das Haushaltsjahr 2024 insgesamt 2,3 Mio. Euro für das Übergangsmanagement II und OGS geplant. Das ist eine Steigerung um 200.000 Euro im Vergleich zum Vorjahr, die auf die Tarifsteigerung und den Anstieg der Schülerzahl zurückzuführen ist. Ich bin überzeugt, dass jeder Euro bei unseren Grundschulern, bei Kindern, die nicht so gute Startbedingungen haben, sehr gut investiert ist. Diese Förderung verbessert die Chancengerechtigkeit.

Die Digitalisierung schreitet voran

FOLIE 17

In unserem Verantwortungsbereich investieren wir deutlich in die Digitalisierung. So haben wir an unserem Berufskolleg in Ahlen ein modernes Simulationszentrum auf höchstem Niveau eingerichtet, das es in dieser Form sonst nur an Uni-Kliniken oder bei der Facharztausbildung gibt.

Die Schülerinnen und Schüler, die eine Ausbildung als Medizinische Fachangestellte absolvieren, können dort an einer voll-elektronischen Puppe verschiedenste Untersuchungen unter realen Bedingungen durchführen. Den Blutdruck messen, Blut abnehmen oder Medikamente injizieren sind nur einige der Möglichkeiten. Ich habe mir das in diesem Jahr mit Anna Arizzi Rusche angesehen und als angehende Ärztin hätte sie sich damals solche Möglichkeiten im Studium sehr gewünscht, wie sie mir vor Ort sagte.

Ausbau der Windenergieanlagen

Windenergieanlagen sind ein wichtiger Baustein einer regenerativen, bezahlbaren und dezentralen Energieversorgung. Als ländlicher Flächenkreis stehen wir in der Verantwortung, unseren Beitrag zu einer CO₂-neutralen Energieversorgung zu leisten.

Als Genehmigungsbehörde sind wir dafür verantwortlich, dass die Umsetzung der Projekte so schnell wie möglich gelingt. Gleichwohl müssen die Interessen des Natur-, Arten- und Landschaftsschutzes sowie der Anwohner angemessen berücksichtigt und gegeneinander abgewogen werden, um eine größtmögliche gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen.

24 Genehmigungen hat unser Bauamt in diesem Jahr bereits erteilt. Insgesamt **30 Genehmigungen sind bis Ende des Jahres realistisch**. Das ist ein großer Erfolg.

Zum Vergleich: In den vergangenen Jahren haben wir durchschnittlich **6 Windräder pro Jahr genehmigt**. Mein Dank gilt daher allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bauamt und im Amt für Planung und Naturschutz, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

Künstliche Intelligenz / ChatGPT

KI wird unsere Welt, unsere Volkswirtschaft, unsere Bildungseinrichtungen und natürlich auch unsere Verwaltungen verändern. Dazu möchte ich Ihnen ein Beispiel zeigen:

Folie 19: Video zum Einsatz von ChatGPT

Sie sehen an diesem Beispiel, wie schnell und elementar sich unsere Welt wandelt. Diesem Wandel müssen wir uns anpassen, wollen ihn aber auch für uns und die Bürgerinnen und Bürger nutzen.

FOLIE 20

KI in der Kreisverwaltung:

Die Digitalisierung in der Kreisverwaltung schreitet weiter voran. Sowohl das Angebot für die Bürgerinnen und Bürger als auch die internen Umsetzungsschritte müssen digital abgebildet werden. Daher setzen wir jetzt auch auf künstliche Intelligenz.

Viele Fragen, insbesondere rechtlicher Natur, sind da noch ungeklärt. Hier sind Bund und Land am Zug, für den rechtlichen Rahmen zu sorgen.

Dennoch machen wir uns mit einem Pilotprojekt auf den Weg. Ein sogenannter „**Voice-Bot**“ soll in der Telefonzentrale erprobt werden. Sind die Telefone besetzt oder alle Mitarbeiter im Bürgergespräch, kann dieser dringende Fragen der Bürgerinnen und Bürger beantworten. Der „Voice-Bot“ lernt im Laufe der Zeit automatisch dazu, so dass mit Blick in die Zukunft viele Fragen mit Hilfe des Bots beantwortet werden können.

Selbstverständlich bedeutet dies aber nicht, dass der Service heruntergefahren wird. Es handelt sich um ein **zusätzliches Angebot**. Dieser soll aber auch zur Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beitragen, die sich dann verstärkt auf die Sachbearbeitung konzentrieren können.

Des Weiteren setzen wir das **Online-Zugangsgesetz** weiter um und bieten für rund 75 % aller Dienstleistungen die Möglichkeit von Online-Anträgen an. Dazu gehören verschiedene Dienstleistungen rund um das Auto,

die Verlängerung des Jagdscheins,

Terminvereinbarungen,

die Anmeldung zur Fischereiprüfung,

die Beantragung von Ratenzahlungen,

die Registrierung von Berufsbetreuern

oder die Anzeige eines Tierschutzfalles – und nur einige Beispiele zu nennen.

FOLIE 21

Gigabitversorgung im Kreis Warendorf

Ende 2023 werden 63% der Adressen im Kreis Warendorf durch eigenwirtschaftlichen Ausbau und geförderte Maßnahmen mit Glasfaser versorgt sein.

Mit Abschluss des Sonderauftrags Gewerbegebiete, dem Upgrade hellgrauer Flecken und weiteren eigenwirtschaftlichen Ausbauabsichten wird Ende 2025 die Glasfaserversorgungsquote bereits rund **90%** betragen.

Unter Berücksichtigung der Umsetzung des Förderprogramms zur Versorgung der grauen Flecken wird Ende 2027 die finale Glasfaserquote voraussichtlich **97%** betragen.

Personalgewinnung

Der Kampf um kluge Köpfe hat längst den öffentlichen Sektor erreicht. Durch den steigenden Wettbewerbsdruck, bedingt durch den Fachkräftemangel, wird es auch für den Kreis Warendorf immer aufwändiger, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen.

Das weitere Ausscheiden der **Babyboomer** wird den Druck auf dem Arbeitsmarkt und auf den Kreis Warendorf in den nächsten Jahren weiter erhöhen. Um diesem Druck zu begegnen wird der Kreis Warendorf eine Arbeitgebermarke entwickeln.

Ziel ist, mit dieser Marke zukünftig mehr qualifiziertes Personal für den Kreis Warendorf zu gewinnen. Die Marke soll dazu beitragen, dass wir uns vor allem von den anderen öffentlichen Arbeitgebern in der Region absetzen und aufzeigen, warum gerade die Kreisverwaltung Warendorf als Arbeitgeber für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besonders attraktiv ist.

Der Kreis Warendorf wird mit der Einführung der Marke neue Wege gehen: Wir stellen uns digital, z.B. auch in den sozialen Medien, breiter auf und werden zukünftig aktiv auf mögliche Bewerberinnen und Bewerber zugehen. Mit dieser Vorgehensweise tragen wir dem Wandel vom Arbeitgebermarkt zum Bewerbermarkt Rechnung und werden im Münsterland eine der ersten Kommune mit eigener Arbeitgebermarke sein.

IV: Schutz der Bevölkerung

FOLIE 23

1. Bauabschnitt eines Zentrums für Bevölkerungsschutz

Es hat nicht viel gefehlt. Bei den Starkregenereignissen, die erst vor wenigen Wochen Ahlen, Beckum, Oelde und Beelen heimgesucht haben, hat nicht viel gefehlt, um deutlich mehr Schaden anzurichten. Hätte es in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag noch einmal kräftig geregnet, hätten wir möglicherweise Dutzende obdachlos gewordene Menschen aus Beelen in einer Notunterkunft unterbringen müssen. Der Strom wäre sicherheitshalber abgestellt worden, Keller wären weiter vollgelaufen, Menschen hätten ein Bett und Verpflegung benötigt. Bislang fehlt uns für solche Szenarien eine geeignete Räumlichkeit.

Aber mit Beschluss des Kreistages vom Dezember 2021 wurde die Verwaltung beauftragt, Lösungsoptionen zur Realisierung geeigneter Räumlichkeiten und Flächen zur Unterbringung von Sondernutzungen (z. B. Impfzentrum, Notunterkunft), zur Lagerung von Material des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes, zu Schulungszwecken sowie Fahrzeughallen für Spezialfahrzeuge zu entwickeln.

Nach Abschluss der Vorplanung und der Erarbeitung eines Raumbedarfsprogramms wurde durch einen externen Fachplaner eine **Machbarkeitsstudie** erstellt um in Abstimmung mit den Fachämtern diese komplexe und umfassende Planungsaufgabe zu konkretisieren. Im Ergebnis ist festzustellen, dass das für die

Bebauung vorgesehene Grundstück geeignet ist, baulich und flächenmäßig das umfangreiche Bauvolumen aufzunehmen.

Im Zuge der Studie wurde ein Masterplan für die Bebauung entwickelt, der bereits in diesem frühen Stadium des Projektes eine realistische Lösung darstellt.

Die verschiedenen Nutzungsarten lassen sich im Wesentlichen in drei große Baukörper gliedern:

- Kern ist eine Multifunktionshalle mit Nebenräumen, die Halle etwa in der Dimension einer Sporthalle. In einem weiteren Baukörper können im Erdgeschoss Spezialfahrzeuge des Katastrophenschutzes und ergänzend in mehreren Geschossen darüber Büroräume platziert werden.
- Ein weiterer Baukörper fungiert als Hochregallager. Aufgrund dieser Struktur ist es möglich und sinnvoll, die Bauaufgabe in Bauabschnitten über mehrere Jahre verteilt zu realisieren.

Mit Priorität soll im ersten Bauabschnitt die Multifunktionshalle mit Nebenräumen realisiert werden. Eine Baukostenschätzung hierfür auf der Grundlage einer Machbarkeitsstudie kann nur sehr vage sein. Diese beziffert die Gesamtbaukosten auf ca. **14 Mio. Euro**.

Danach soll als zweiter Bauabschnitt das Hochregallager realisiert werden. Die Baukostenschätzung für dieses zweite Gebäude beziffert die Kosten mit ca. 10 Mio. €. Aus Vorsichtsgründen sollte von einem Risiko eines eventuellen Baukostenanstiegs von etwa +30 % ausgegangen werden. Die Fertigstellung des ersten Bauabschnitts wird voraussichtlich im Jahr 2028 sein.

- Ein eventueller dritter Bauabschnitt, der im Kern eine Fahrzeughalle umfasst, könnte sich nach der Fertigstellung des Hochregallagers anschließen. Hier muss u. a. abgewartet werden, wie sich der Fuhrpark der Spezialfahrzeuge des Katastrophenschutzes in den nächsten Jahren verändert.

Für das Haushaltsjahr 2024 werden zunächst 100.000 € veranschlagt. Zusätzlich ist im Haushaltsjahr 2024 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3,2 € zu Lasten der Folgejahre veranschlagt. Somit könnten ab 2024 die erforderlichen Vergabeverfahren für die Honorar- und Bauleistungen durchgeführt werden.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es richtig, vernünftig und verantwortungsbewusst den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber ist, unser Engagement im Bereich des Katastrophenschutzes fortzusetzen. 30 Jahre lang wurde der Bevölkerungsschutz in Deutschland vernachlässigt. Der Krieg gegen die Ukraine und die jüngsten Naturkatastrophen haben gezeigt, dass wir Nachholbedarf

FOLIE 24

Eine Hauptaufgabe sehe ich aber darin, die Bevölkerung wieder für ihre Eigenverantwortung zu sensibilisieren. Bereits seit mehreren Jahren läuft die Aufrüstung der Sirenen in den Städten und Gemeinden. Gleichzeitig arbeiten wir mit Informationskampagnen und regelmäßigen Probealarmen daran, das Bewusstsein der Menschen für mögliche Gefahren zu stärken und dass man besser bereit ist, wenn man eigenverantwortlich vorgesorgt hat.

Ein Baustein war auch der große Tag der Sicherheit mit allen Hilfsorganisationen sowie Feuerwehr und Polizei auf dem Parkplatz des Kreishauses.

Eigenständigkeit der Leitstellen bewahren

FOLIE 25

Lassen Sie mich in diesem Kontext auf die Pläne der Bundesregierung zur Zentralisierung des Leitstellenwesens eingehen. Unsere Leitstelle ist gut aufgestellt und erfreulicherweise gelingt es uns, alle Stellen zu besetzen. Die in der Empfehlung der Regierungskommission zur Reform der Notfall- und Akutversorgung formulierte Idee der Konzentration und Zentralisierung der Leitstellen unter der Ägide und Koordination der Bundesländer lehne ich ab.

Die in diesem Papier benannte Größe von einer Leitstelle je eine Million Einwohner deutet auf eine fehlende Auseinandersetzung mit der Arbeit der Leitstellen hin und lässt völlig außer Betracht, dass die Leitstellen – neben dem Rettungsdienst – auch eine zentrale Rolle für den Bereich des Brand- und Katastrophenschutz einnehmen. In vielen Lagen ist eine Kenntnis der Strukturen und Akteure vor Ort sowie Abstimmung auf Augenhöhe unabdingbar und durch eine zentralisierte Stelle nicht leistbar.

Auch die Aufnahme des Rettungsdienstes als eigenständige Leistung in das SGB V ist abzulehnen. Damit würde der Rettungsdienst einem gesetzlichen Vertragsmodell mit den Krankenkassen unterworfen und es ist zu befürchten, wie in anderen medizinischen Bereichen auch, dass insbesondere die rettungsdienstliche Versorgung im ländlichen

Raum unter der Kostenpolitik der Krankenkassen leiden wird oder dieses zu Lasten der kommunalen Haushalte erfolgt.

Bau der Rettungswache in Sendenhorst

Ein weiterer Baustein des Bevölkerungsschutzes ist der Bau einer neuen Rettungswache in Sendenhorst. Die bisherige Rettungswache ist aufgrund der gestiegenen Anforderungen im Rettungsdienst sowie durch die Ausweitung der Rettungsmittelvorhaltung in den vergangenen Jahren viel zu klein geworden. Der Neubau soll gemeinsam mit dem ebenfalls beabsichtigten Neubau des Feuerwehrgerätehauses erfolgen, um Synergien nutzen zu können. Die Stadt Sendenhorst hat hierzu nach intensiver Suche einen Standort am **Ortsausgang Richtung Albersloh** gefunden, der die Anforderungen für Feuerwehr und Rettungsdienst erfüllt. In den nächsten Jahren sind die Planung und die Realisierung des Projektes vorgesehen.

V: Schutz von Umwelt und Menschen vor den Folgen des Klimawandels

FOLIE 26

Mittlerweile sind die Folgen der Erderwärmung weltweit spürbar. Deshalb müssen auch wir unseren Beitrag zur konsequenten Reduktion der CO₂-Emissionen leisten. Gleichzeitig droht – medial deutlich weniger beachtet – weiterhin ein erheblicher Rückgang der Artenvielfalt, dem wir mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen begegnen. Dazu gehören mehrere Maßnahmen, die ich Ihnen gerne vorstellen möchte.

Wiedervernässung von Flächen

Die Wiedervernässung von Mooren, Heiden oder anderen Flächen ist ein wichtiger Baustein sowohl für den Arten- als auch den Klimaschutz. Um auch im Kreis Warendorf einen Beitrag zu leisten, setzen Kreisverwaltung, Bezirksregierung Münster und die NABU-Naturschutzstation die Wiedervernässung geeigneter Flächen im Naturschutzgebiet Brüskenheide konkret um. Mit der Wiedervernässung der Brüskenheide machen wir auch in diesem Bereich einen ersten, wichtigen Schritt hin zu mehr Arten- und Klimaschutz. Dabei sammeln wir wichtige Erfahrungen für weitere Projekte dieser Art.

Besonders Moore und feuchte Grünländer spielen für den Arten- und Klimaschutz eine wichtige Rolle als CO₂-Speicher oder -Senke. Ein stärkerer Wasserrückhalt in der Landschaft dient sowohl dem Hochwasserschutz als auch der Grundwasserneubildung. Wasser in der Landschaft ist wichtig für das Überleben unserer heimischen Tier- und Pflanzenwelt. Daher möchte ich das Füchtorfer Moor und weitere wichtige Feuchtwiesenschutzgebiete im Kreisgebiet in den Fokus nehmen.

Für erste Maßnahmen stehen ausreichende Mittel in 2024 zur Verfügung. Derzeit stellt auch der Bund Mittel über Förderprogramme zur Verfügung, die wir zusätzlich akquirieren wollen, um auf der Basis von vorhandenen und noch zu entwickelnden Konzepten auch in den Folgejahren Projekte anzustoßen.

FOLIE 27

280.000 Bäume / Ein Baum für jeden Bürger

Weiterhin ist es uns in diesem Jahr gelungen, in Kooperation mit dem Landesbetrieb Wald & Holz NRW auf 68 Hektar gut 36.000 junge Bäume klima-resilienter Arten wie Stieleiche, Hainbuche, Schwarzdorn oder Vogelkirsche zu pflanzen. Damit ist uns ein großer Schritt in Richtung der 280.000 Bäume, die wir im Kreis pflanzen wollen, gelungen.

FOLIE 28

Energieautarke Abfallwirtschaft

Einen weiteren wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet unsere Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG), die voraussichtlich ab 2030 energieautark und klimaneutral sein wird.

Dieses ehrgeizige Ziel soll über verschiedene Maßnahmen erreicht werden. Dazu gehören die Erzeugung erneuerbarer Energien, die Reduzierung des Eigenverbrauchs sowie der Einsatz neuer elektrischer Firmenfahrzeuge, die mit selbst erzeugtem Wind- oder Solarstrom fahren. Zudem werden die Potenziale von Nah- und Fernwärme, Photovoltaik, Windenergie sowie Bio- oder Deponiegas geprüft.

Bei der Materialwirtschaft wollen wir Aufträge, Beschaffungen und Dienstleistungen bevorzugt an lokale Unternehmen vergeben, die besonderen Wert auf Klimaneutralität legen.

Ausbau der Velo-Routen und des Radwegenetzes

Der Kreis Warendorf verfügt über rund 363 km Kreisstraßen und rund 169 km straßenbegleitende Radwege. Es ist eine Aufgabe des Kreises, Straßen und Radwege zu planen, zu bauen und zu unterhalten.

Mit Blick auf das vorhandene Kreisstraßennetz ist festzustellen, dass dieses nahezu ausgebaut ist. Zwar sollen sehr vereinzelt neue Kreisstraßen entstehen (K 30n in Oelde, K 50n in Telgte), das Hauptaugenmerk liegt hier jedoch überwiegend auf der **Unterhaltung** und Instandsetzung des vorhandenen Netzes. Hier spielen die sogenannten grundhaften Sanierungen, d. h. geförderte Investitionen in das bestehende Netz bei gleichzeitiger Erhöhung der Bauklasse und/oder Ausbau der Straße, eine besondere Rolle.

Anders verhält es sich bei den kreisstraßenbegleitenden **Radwegen**. Zwar muss auch hier das vorhandene Radwegenetz unterhalten und instandgesetzt werden, darüber hinaus soll dieses in den kommenden Jahren stetig durch weiteren Zubau wachsen.

Ergänzt werden diese Maßnahmen durch weitere seitens Straßen.NRW, weiterer Velorouten in der Stadtregion Münster und Maßnahmen der Gemeinden, die nicht Bestandteil des Kreisstraßennetzes sind. Hier sind beispielhaft der Neubau des Radweges entlang der B 58 zwischen Ahlen und Drensteinfurt, der in Bau befindliche Radweg entlang der Osttangente in Ahlen und der geplante Radweg entlang der L 547 zwischen Warendorf und Freckenhorst zu nennen. Die Verwaltung steht hier in engen Kontakt mit den verschiedenen Vorhabenträgern.

In den politischen Gremien des Kreises wird deutlich, dass der Radwegebau einen hohen Stellenwert genießt und der Wille besteht, das Radwegenetz stetig auszubauen und zu verbessern.

Aktuell tragen verschiedene Bürgerinitiativen dazu bei, dass weitere Radwegeprojekte zeitnah umgesetzt werden sollen. Hier sind besonders die Initiative an der K 20 Abschnitt 8 (Hoetmar Buddenbaum) sowie jene an der K 23 Abschnitt 12 (Wadersloh Sünninghausen) und an der K 33 Abschnitt 1 in Sendenhorst-Albersloh zu nennen.

Wie oben angedeutet, steht auch das Bestandsnetz der Radwege im Fokus der Verwaltung. So wurde bei einer Zustandserfassung der Radwege festgestellt, dass 35 km der kreiseigenen Radwege zeitnah zu sanieren sind. Hier schlägt der Sanierungsaufwand mit bis zu 10 Mio. € zu Buche. Dank des Sonderförderprogramms „Erhaltungsinvestitionen“ des Landes aus 2020 und weiteren Eigenmitteln konnten im Kreis Warendorf bereits in den letzten Jahren verschiedenen Maßnahmen abgeschlossen werden. Hier sind die Radwege entlang der K 42 in Ahlen-Vorhelm, der K 1 in Enniger, und der K 17 in Einen zu nennen. Wir werden wie immer auf die Suche nach Fördergeldern gehen.

Im ländlichen Raum wird nicht jeder Berufspendler auf das Auto verzichten können. Aber die, die es wollen und in ihrem Alltag einrichten können, sollen auch von gut ausgebauten Radwegen entlang der wichtigen Verkehrsachsen profitieren. Deshalb bauen wir das System der Velo-Routen weiter konsequent aus. Dabei sind wir auf einem guten Weg. Auch die Erweiterung des Radwegenetzes

durch Lückenschlüsse, etwa an der K33 bei Alverskirchen (Foto Eröffnung) trägt dazu bei.

Die größte Schwierigkeit ist dabei seit Jahren der Grunderwerb. Flächen sind rar und entsprechend teuer. Außerdem wollen die Eigentümer – meist Landwirte – ihre Flächen in der Regel nur ungern abgeben, da sie diese für ihre Betriebe benötigen. Gute Erfolge versprechen wir uns von dem von uns entwickelten Ansatz, Flächen für Radwege auf Erbpacht-Basis zu erwerben.

FOLIE 30

Renaturierte Flüsse für Artenvielfalt und Hochwasserschutz

2012 hat der Kreis Warendorf damit begonnen, in regionaler Zusammenarbeit mit allen Akteuren einen Umsetzungsfahrplan für rund 500 km Fließgewässer zu erstellen. Seitdem wurden auf dieser Grundlage bis heute kreisweit annähernd 100 Maßnahmen umgesetzt. Davon auch zahlreiche Projekte im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz in gefährdeten Gemeinden wie Ahlen, Beckum, Ennigerloh und Oelde.

Aktuelle Projekte im Kreis sind Maßnahmen an der Hessel im Bereich Königstal in Milte sowie die Schaffung der Durchgängigkeit der Werse bei Haus Welpendorf in Drensteinfurt.

Letztlich schlagen wir mit unseren Maßnahmen zwei Fliegen mit einer Klappe: Denn Fließgewässer bieten mit ihren Auen einerseits eine große Vielfalt an unterschiedlichsten Lebensräumen und beherbergen reichhaltige Pflanzen- und Tiergesellschaften. Und neben den ökologischen Bewirtschaftungszielen dienen die Maßnahmen häufig

auch der Schaffung natürlicher Retentionsflächen und damit dem vorbeugenden Hochwasserschutz.

FOLIE 31

Wiederaufnahme des SPNV auf der Strecke Münster-Sendenhorst und Verbesserungen der Kursbuchstrecke 406 „Der Warendorfer“ als Teile der S-Bahn Münsterland: Oder: die Reaktivierung der WLE

Ein zentraler Baustein der „Verkehrswende“ ist die Wiederaufnahme des Schienenpersonennahverkehrs auf der Strecke der Westfälischen-Landeseisenbahn (WLE) zwischen Münster und Sendenhorst. Sie ist auch ein wichtiger Baustein der Münsterland S-Bahn. Wir wollen, dass die Berufspendler aus dem Umland mit einem ÖPNV nach Münster fahren können, der eine echte Alternative zum Auto ist. Wir wollen die Bahn attraktiv machen, nicht das Autofahren erschweren ohne Alternativen anzubieten.

Die Strecke ist mit insgesamt 8 Haltestellen auf der gut 21 Kilometer langen Strecke bestens ausgestattet, um Pendler schnell und sicher zum Hauptbahnhof in Münster oder nach Sendenhorst zu befördern. Im Kreis Warendorf entstehen zwei neue Haltepunkte in Albersloh und Sendenhorst.

Bereits beschlossen ist der Einsatz von batterieelektrischen Triebwagen, die lokal emissionsfrei und deutlich leiser als die herkömmlichen Dieseltriebfahrzeuge sind. Der Auftrag wurde durch den NWL bereits an einen spanischen Hersteller vergeben, der die Batterie-Elektrischen Fahrzeuge liefern wird.

Diese Fahrzeuge laden sich an vorhandenen Oberleitungen auf und überbrücken nicht elektrifizierte Streckenabschnitte mit Strom aus dem Akku. Dieses Modell soll im Rahmen des S-Bahn-Systems auf weiteren Strecken im Münsterland zum Zuge kommen, immer dann, wenn keine durchgehende Oberleitung vorhanden ist.

Nach der Offenlage der Pläne im letzten Jahr wurden die zahlreichen Eingaben im August und September dieses Jahres in einem einwöchigen Verhandlungstermin in der Halle Münsterland erörtert. Nach Aus- und Bewertung der Ergebnisse erwarten wir im nächsten Frühjahr den Planfeststellungsbeschluss, mit dem ein weiterer wichtiger Meilenstein zur Reaktivierung der Strecke erreicht wird.

Neben dem Abschnitt Münster – Sendenhorst werden auch für die weiteren Abschnitte Sendenhorst – Neubeckum – Lippstadt – Warstein Machbarkeitsstudien erstellt, um diesen wichtigen Korridor weiter zu betrachten. Die Ergebnisse werden uns zeigen, in welcher Weise und welchem Umfang eine Weiterentwicklung dieses Schienenkorridders möglich ist.

Der Kreis Warendorf, die Stadt Münster und die Stadt Sendenhorst – wir sind die Treiber dieses Projektes und sind stolz, dass es weitergeht!!!

FOLIE 32

„Der Warendorfer“

Ein weiteres wichtiges Projekt der S-Bahn Münsterland ist unsere Strecke „Der Warendorfer“ von Münster über Warendorf in Richtung Bielefeld. Nach vielen Jahren des Wartens und zähen Verhandlungen

zwischen der Bahn und den privaten Anliegern zeichnet sich auch hier eine deutliche Verbesserung des Angebotes auf der Schiene ab.

Nach Schließung bzw. Sicherung von weiteren Bahnübergängen in den nächsten 3 bis 4 Jahren wird in 2027 endlich der lang erwartete Halbstundentakt zwischen Münster und Warendorf erwartet, der höhere Reisegeschwindigkeiten, weniger Unfälle und eine Verdoppelung der Fahrten ins Oberzentrum verspricht. Und nebenbei entfällt dann auch noch das nervige „pfeifen“ der Züge an den bisher ungesicherten Bahnübergängen.

Zur Entwicklung des ÖPNV und SPNV ließe sich an dieser Stelle natürlich noch mehr ausführen. Aber wenigstens ein Punkt zum 49€-Ticket: Bund und Länder müssen sich in dieser Frage einigen. Die Bürgerinnen und Bürger können zu Recht erwarten, dass der Staat entscheidet, ob das Deutschlandticket in 2024 nahtlos fortgeführt werden kann.

Eins ist jedenfalls klar, angesichts der insgesamt gestiegenen ÖPNV-Kosten kann die kommunale Familie die zusätzlichen finanziellen Risiken und Lasten des Deutschlandtickets nicht schultern!

FOLIE 33

Bündnis für Klimaschutz

Das Bündnis für Klimaschutz ist ein Zusammenschluss von Akteuren aus den Bereichen Landwirtschaft, Industrie, Mobilität, Naturschutz und Energieversorgung mit der Aufgabe, zum Ziel eines Co²-neutralen Münsterlandes im Jahr 2040 beizutragen. Dafür sind im Haushaltsentwurf 2024 50.000 Euro für das Projekt vorgesehen.

Die Kreisverwaltung hat dabei eine moderierende und vernetzende Rolle und bringt im Herbst die Akteure an einen Tisch. So sollen Klimaschutzmaßnahmen in breiter Runde durch die Akteure, die Veränderungen anstoßen und umsetzen können, auf Augenhöhe ausgearbeitet werden.

Die vier Handlungsfelder zur Zielerreichung sind die erneuerbaren Energien, nachhaltige Mobilität, Gebäude & Wärmeversorgung sowie die Klimafolgenanpassung / Anpassung an die Folgen des Klimawandels

VI: Schluss

Auch eine umfangreiche Haushaltsrede kann nur einen groben Überblick über so ein komplexes Zahlenwerk wie einen Kreishaushalt geben. Und auch wenn man eine Stunde lang spricht, kann man nur Schwerpunkte hervorheben, um die ganze Bandbreite der Arbeit unserer Kreisverwaltung darzustellen.

Ich habe eingangs erläutert, dass wir uns finanziell und politisch in schweren Zeiten befinden. Dennoch erfüllen wir natürlich unsere gesetzlichen Aufgaben und entwickeln unseren Kreis für die Bürgerinnen und Bürger weiter.

Wir investieren in Bildung, Integration und Inklusion, wir verbessern die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem und investieren in unsere Bildungseinrichtungen.

Wir schützen die natürlichen Lebensgrundlagen, fördern die Artenvielfalt und ergreifen Maßnahmen zum Schutz des Klimas indem wir Flächen vernässen und Tausende Bäume pflanzen.

Wir setzen die Mobilitätswende um, indem wir den ÖPNV sowie die Schiene stärken und Radwege ausbauen – ohne die Straßen zu vernachlässigen.

Wir investieren in den Schutz der Bevölkerung und stärken die ehrenamtliche Kräfte der Hilfsorganisationen sowie die Feuerwehren.

In unruhigen Zeiten wollen wir ein verlässlicher Anker für die Menschen im Kreis Warendorf sein und unsere Heimat weiter lebenswert gestalten.

Appell: Vertrauen der Bevölkerung

Ich bitte daher die Parteien der Mitte, sich pragmatisch an der Problemlösung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Bei allem nötigen Respekt für die – teilweise auch harte – politische Auseinandersetzung müssen wir das Ziel, verlässliche Politik für die Menschen in unserem Kreis zu machen, gerade in diesen Zeiten im Blick behalten.

FOLIE 34

Lassen Sie mich mit einem Gedanken schließen, den Helmut Schmidt einmal geäußert hat:

„Die offene Gesellschaft hat viele Feinde, sie lässt ihren Feinden zwangsläufig viel freien Raum. Sie kann deshalb nur bestehen, wenn eine große Mehrheit an den demokratischen Tugenden festhält und

wenn sich die einzelnen ihrer Verantwortung für das Ganze bewusst bleiben.“ Zitat Ende.

Lassen Sie uns in diesem Sinne weiterhin aufrichtig miteinander umgehen und pragmatisch und verantwortungsbewusst zum Wohl der Menschen in unserem Kreis arbeiten. Vielen Dank!!!!